EBM-Abrechnungstipp!

Bei Samstagssprechstunde immer die 01102

— Das Angebot von Samstagssprechstunden gehört zu den politisch gewünschten Serviceleistungen von Vertragsärzten für Patienten. Die dazugehörige Abrechnungsziffer nach EBM ist die 01102. Auch wenn in der Beschreibung der Ziffer 01102 nur die „Inanspruchnahme des Vertragsarztes an Samstagen“ erwähnt ist, wird die Leistung immer wieder dahingehend fehlgedeutet, dass es sich um Notfallpatienten und um unvorhergesehene Kontakte handeln muss. Dies genau ist aber nicht der Fall, denn diese Konstellation wird durch den Inhalt der Ziffern 01100 beziehungsweise 01101 abgedeckt.

Die Ziffer 01102 ist ein Zuschlag für die geplante Konsultation, Untersuchung und/oder Beratung am Samstagvormittag, und zwar in der Zeit von 7.00 bis 14.00 Uhr. Sie kann abgerechnet werden bei

- Einbestellung einzelner Patienten,
- bei Sprechstundentätigkeit in der Zeit von 7.00 bis 14.00 Uhr am Samstagvormittag und
- bei telefonischer Beratung in dieser Zeit, soweit es sich nicht nur um eine reine Befundmitteilung durch die Mitarbeiterin handelt.

Die Ziffer 01102 ist sowohl neben den Versicherten- und Grundpauschalen der jeweiligen Arztgruppe als auch neben allen anderen Gebührenordnungspositionen ansetzbar, soweit sie nicht ausgeschlossen sind, wie beispielsweise die Ziffern der Behandlung im organisierten Notfalldienst (01210 bis 01219) und der Besuche (01410 bis 01412 und 01415).

Kommt es am Samstagmorgen zu einer ungeplanten Notfallbehandlung, dann ist anstelle der Ziffer 01102 die Ziffer 01100 anzusetzen, außer wenn ein Hausbesuch dazukommt. Selbstverständlich ist die Ziffer 01102 daneben dann nicht berechenbar.

Dr. med. Heiner Pasch

Entscheidung der Karlsruher Richter war es dabei unerheblich, dass die Patienten, wenn der Laborarzt die Leistungen direkt mit ihnen abgerechnet hätte, ebenso viel hätten zahlen müssen. Erst vor kurzem hatten auf Abrechnungsbetrug spezialisierte Staatsanwälte noch gesagt, dass für den getäuschten Patienten gar kein Schaden vorliege, weil die erbrachten Leistungen nicht minderwertig seien. Diese Auffassung dürfte nun aber vom Tisch sein. Denn: Führe eine erbrachte ärztliche Leistung mangels Abrechenbarkeit nicht zum Entstehen eines Zahlungsanspruches, so erlösche durch die Bezahlung der Rechnung auch kein Anspruch, der das Vermögen des Patienten belastet. Das heißt in Zukunft, dass Ärzte, die gegen GOÄ-Regeln verstoßen, generell von strafrechtlicher Verfolgung bedroht sind.

Beim Labor alleine bleibt es nicht

Das BGH-Urteil betraf auch noch andere delegierbare Leistungen, denn der Facharzt hatte außerdem für die Erbringung von Osteopathie- und Akupunkturleistungen nicht ärztliche Therapeuten ein-

gesetzt, obwohl er selbst diese Leistungen nicht erbringen und die Therapeuten somit nicht anweisen, leiten und überwachen konnte und schließlich auch die Kernleistungen wie Untersuchung, Beratung und Entscheidung über das therapeutische Vorgehen nicht selbst traf. Auch dies wurde als Betrug gewertet.

Nach dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung kommt weiteren Vorschriften der GOÄ strafrechtliche Bedeutung zu. Als Auslagenersatz nach § 10 Abs. 1 GOÄ können nur die tatsächlich entstandenen Kosten berechnet werden. Nach § 12 Abs. 2 GOÄ ist ein Beleg über die Auslagen aber erst bei einem höheren Betrag als 25,56 € beizufügen. Auch unter dieser Grenze gilt aber die gebührenrechtliche Pflicht zur alleinigen Weiterberechnung der tatsächlichen Kosten, und es ist nicht auszuschließen, dass Staatsanwälte selbst bei solch geringen wirtschaftlichen Volumina tatsächlich tätig werden.

*Dr. Ingo Flugmacher,
Fachanwalt für Medizin- und Verwaltungsrecht und Partner der Anwaltskanzlei
Busse & Miessen in Bonn*

Bewertungsportale: Meinungsfreiheit wiegt schwerer als Arztinteresse

Hotels, Lehrer - und jetzt auch Ärzte: Sie müssen Bewertungen im Internet akzeptieren. Ein Recht auf Löschung haben sie nicht, haben Richter jetzt geurteilt.

Auch Ärzte müssen Bewertungen ihrer Praxis in einem Internetportal hinnehmen, urteilte kürzlich das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main (Aktenzeichen 16 U 125/11). Es wies damit die Klage einer niedergelassenen Ärztin aus dem Raum Sachsen ab. Unter Hinweis auf den Datenschutz hatte sie von einem Bewertungsportal verlangt, sämtliche Daten und Bewertungen über sie zu löschen. Nach Angaben der Münchner Anwaltskanzlei Robert Schweizer handelt es sich um das Arztbewertungsportal Jameda. Wie schon das Landgericht Wiesbaden wies nun auch das OLG die Klage ab. Die Ärztin habe kein „schutzwürdiges Interesse“ an der Löschung ihrer Daten, das schwerer wiege als die Meinungsfreiheit. Zur Begründung verwies das OLG

auf das Urteil des Bundesgerichtshofs zum Lehrer-Bewertungsportal „spickmich“. Zwar sei dieses nur registrierten Nutzern zugänglich, Jameda dagegen frei für alle. Dafür stehe die Ärztin aber auch im Wettbewerb; alle angegebenen Kontaktdaten entstammten öffentlich zugänglichen Branchenverzeichnissen.

Äußerungen über Ärzte seien grundsätzlich von der Meinungsfreiheit umfasst, betonte das OLG. Das gelte auch für anonyme Äußerungen in einem Bewertungsportal. Zudem müssten die Autoren einer Bewertung ihre E-Mail-Adresse angeben, so dass Jameda die Urheberschaft intern nachvollziehen könne. Darüber hinaus hätten Ärzte die Möglichkeit des Einspruchs gegen eine Bewertung.

Martin Wortmann